

Rede von Bettina Hagedorn, MdB, gehalten am 02.07.2009 im Plenum des Deutschen Bundestages zum zweiten Nachtragshaushalt 2009

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Zu Beginn muss ich ein paar Sätze zu meinen Vorrednern sagen. Ich fange mit Ihnen an, Herr Kollege Koppelin. Sie haben auf den Schuldenberg hingewiesen. Ich glaube, wir können sagen, dass er eine Belastung für uns alle ist. Allerdings haben Sie verschwiegen, dass dieser Schuldenberg seit 1969 aufgetürmt worden ist und dass mehr als die Hälfte der Zeit die FDP mitregiert hat. Seit 1969 wurden keine Haushalte mehr verabschiedet, in denen mehr eingenommen als ausgegeben wurde. Der Schuldenberg hat sich allmählich aufgetürmt. Ich habe die Zahlen, danke schön. Ich leide sehr wohl auch darunter; aber es ist völlig verantwortungslos von Ihnen, dass Sie versuchen, sich einen schlanken Fuß zu machen und die Verantwortung nur einem bestimmten Kreis von Abgeordneten anzuhängen. Dagegen verwahre ich mich. Die Kollegin Löttsch hat die Zeitbombe kritisiert. Es ist etwas ganz Neues, dass Sie Mehrausgaben skandalisieren. Ausgerechnet Sie! Sie haben zwar gefragt: „Wer soll das alles bezahlen?“, und dazu Vorschläge unterbreitet, von denen Sie genau wissen, dass sie in Bundestag und Bundesrat – sie brauchten in beiden Häusern die Mehrheit – nicht mehrheitsfähig sind. Damit sind sie unrealistisch. Antworten habe ich aber von der Opposition bisher nicht gehört. Ich gebe Ihnen in einem einzigen Punkt recht. Ich will Ihnen gerne zugestehen, dass in dieser Haushaltssituation die Forderung nach Steuersenkungen Populismus ist. Meine Kolleginnen Frau Jaffke und Frau Ober sind ausführlich auf die Zahlen zum Nachtragshaushalt eingegangen, die ich mir deshalb sparen kann. Ich möchte aber angesichts der Neuverschuldung eines ansprechen: Vielleicht ist Ihnen aufgefallen, dass heute verdächtig viele Frauen am Rednerpult stehen. Lieber Kollege Koppelin, Frauen, die Kinder und Enkelkinder haben, müssen Sie über Nachhaltigkeit und die Verantwortung gegenüber künftigen Generationen nichts erzählen.

Ich denke dabei zum Beispiel an meine persönliche Situation. Ich habe drei Söhne. Sie sind 25, 28 und 30 Jahre alt. Alle drei sind Handwerker, die hart für ihren Lohn arbeiten, brav Steuern zahlen und denen keine gebratenen Tauben in den Mund fliegen. Ihnen werde ich erklären müssen, was wir heute tun. Am nächsten Sonntag wird meine erste Enkeltochter getauft. Heute haben Mädchen eine statistische Lebenserwartung von 100 Jahren. Die kleine Leni wird – wie übrigens auch Deine Tochter, liebe Anna – später den Schuldenberg abtragen müssen, der über 40 Jahre aufgetürmt worden ist. Wenn ich in ihre Augen schaue, dann wird die Verantwortung für künftige Generationen plastisch. Wir alle, die wir gemeinsam in der Großen Koalition diesen Nachtragshaushalt aufgestellt haben, haben es uns nicht leicht gemacht. Dass Sie zugestanden haben,

dass Sie das alles auch hätten tun müssen, wenn Sie heute Regierungsverantwortung tragen würden, ist das einzige, was ich an Ihrer Rede wirklich gut fand, Herr Koppelin. Denn wir wollen mit diesem Nachtragshaushalt und den darin vorgesehenen Mehrausgaben zur Ankurbelung der Konjunktur gerade im Bereich Arbeitsmarkt Menschen in Lohn und Brot halten, statt – wie wir es sonst nämlich tun müssten – die Arbeitslosigkeit zu bezahlen. Das Wegbrechen der Einnahmen sowohl auf der Steuerseite als auch bei den sozialen Sicherungssystemen ist der eigentliche Grund dafür, dass wir diesen Nachtragshaushalt beschließen müssen. Allerdings haben wir in Deutschland die Angewohnheit, uns häufig noch ein bisschen schlechter zu reden, als wir wirklich sind. Darum lohnt ein Blick in eine Vorlage, die gestern im Haushaltsausschuss verteilt worden ist. Dabei geht es um die Bewertung der EU-Kommission zu dem Haushaltsdefizit in Europa. Wenn man sich das genau anschaut, dann kann man sehen, wo Deutschland steht. Dann wird das Defizit sichtbar, das wir unbestritten haben und das größer ist als jedes Defizit, das wir in der Vergangenheit gekannt haben. Darum ist die Herausforderung so groß. Dennoch stehen wir im Vergleich mit Nachbarländern wie Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Österreich besser da. Ich will gar nicht darauf eingehen, dass wir selbstverständlich viel besser dastehen als Griechenland, Spanien, Portugal und Polen. Du hast das Defizit mit 6 Prozent angegeben, Susi Jaffke. Das ist eine unglaublich große Zahl. Aber man sollte vielleicht eines wissen: Die Schulden im Haushalt von Theo Waigel 1996, der mit 40 Milliarden Euro die höchste Nettokreditaufnahme aufwies, wurden gemacht, als es ein Wachstum von plus 1 Prozent gab. Jetzt beträgt es minus 6 Prozent. Aber in Großbritannien – das große Great Britain – beträgt das Wachstum 2009 minus 11,5 Prozent. 2010 werden es voraussichtlich minus 13,8 Prozent sein. Dieses Land der Privatisierung, dieses Zentrum der Finanzwirtschaft, das für eine freie, ungefesselte Marktwirtschaft und eine minimale soziale Absicherung seiner Bevölkerung steht, kommt mindestens doppelt so schlecht durch die Krise wie Deutschland. Unter den Ländern, denen es nach dieser Statistik besser geht, befinden sich Dänemark, Schweden und Finnland, also nordische Länder, die genau das Gegenteil eines angloamerikanischen Gesellschaftsmodells pflegen und sich gemeinsam, parteiübergreifend zu einem starken, handlungsfähigen Staat sowie zu hohen Staatseinnahmen und Steuerquoten als Voraussetzung für Investitionen in Bildung und Forschung, starke soziale Sicherungssysteme und eine wirklich solidarische Gesellschaft bekennen. Herr Kollege Koppelin, Sie haben vorhin davon gesprochen, dass Sie auf die Ausgabenseite schauen wollen. Ihr sogenanntes Sparbuch, das Sie uns jedes Mal zeigen, kennen wir. Nein, es handelt sich um 6 Milliarden bis 8 Milliarden Euro, wenn überhaupt. Schließlich enthält es auch Vertragsbrüche. Abgesehen davon können Sie mit diesen 6 Milliarden bis 8 Milliarden Euro gegen die Löcher, die sich im Moment auftun, nicht ansparen. Wenn Sie dennoch behaupten, es tun zu wollen, obwohl ein großer Teil der Ausgaben zum

Beispiel durch unsere sozialen Sicherungssysteme gesetzlich gebunden ist, dann ist das praktisch die Ankündigung, genau dort einzugreifen. Das bedeutet, Herr Kollege Koppelin, dass Sie in Wahrheit die Axt an den Sozialstaat, wie wir ihn in Deutschland kennen, anlegen wollen. Meine Kolleginnen und Kollegen haben viele Zahlen bereits genannt. Daher will ich zusammenfassend nur eines sagen: Vor einem Jahr hat die Regierung den Haushalt 2009 aufgestellt. Heute, wo wir den zweiten Nachtragshaushalt verabschieden, haben wir es mit einem Steuereinnahmeminus von in der Summe 23,2 Milliarden Euro zu tun. Daran wird deutlich: Wir haben ein Einnahmeproblem, das einen Nachtragshaushalt erforderlich macht. Auf die Ausgaben für den Arbeitsmarkt und die sozialen Sicherungssysteme hast du, liebe Susi, schon zu Recht hingewiesen. Zum Schluss meiner Rede möchte ich auf meine Familie zurückkommen, mit der ich meine Rede begonnen habe. Ich habe bereits gesagt, dass wir uns die angekündigten Steuersenkungen in dieser Situation nicht leisten können und dass man den Menschen etwas vormacht, wenn man das Gegenteil behauptet. Denn an dem demografischen Faktor kommt keine Partei, die in diesem Land Verantwortung trägt, vorbei. Vor knapp fünf Wochen konnten wir den 85. Geburtstag meines Vaters feiern, der seit 27 Jahren Pensionär ist. 1960 lag die durchschnittliche Rentenbezugsdauer wegen der deutlich niedrigeren Lebenserwartung bei neun Jahren. Heute hat sich die Bezugsdauer mit 17 Jahren fast verdoppelt. Meine Mutter ist 80 Jahre alt. Vor zehn Tagen feierten wir den 104. Geburtstag meiner Oma. Ich finde, es ist ein Grund, sich zu freuen, dass die Menschen länger gesund bleiben und lange eine hohe Lebensqualität haben. Daran, wie die Politik im Gesundheits- und Pflegebereich mit der älteren Generation umgeht, wird sich künftig messen lassen, wie wir es mit dem Schutz der Würde des Menschen halten. Wer unsere bewährten Sozialleistungen – auf diese sollten wir alle gemeinsam stolz sein; denn fast alle Parteien haben in den letzten Jahrzehnten daran mitgewirkt, sie aufzubauen und zu erhalten – nicht infrage stellen will, muss den Menschen die Wahrheit sagen: Für Steuersenkungen ist kein Spielraum.